STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses (19/BU/2009)

am 11.06.2009

Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 21.04.2009
0794/2009/3.1
7. Bebauungsplan Nr. 155; Gebiet: Kolkland/Süderneuland II; Aufstellungsbeschluss
0708/2009/3.1
8. Bebauungsplan Nr. 153 der Stadt Norden "In der Wirde"; Aufstellungsbeschluss;
0771/2009/3.1
9. Ausbauplan "Stichstraße Muschelweg"
0809/2009/3.3
10. Laub von Straßenbäumen;
Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
0813/2009/3.3
11. Ausbauplan für die Straßen "Dortmunder Straße, Bradforder Straße und einer Teilstrecke der Hamburger Straße" im Bebauungsplangebiet Nr. 15
0814/2009/3.3
12. Dringlichkeitsanträge
13. Anfragen
- 13.1. Verkehrslenkung Siedlungsweg
AN/0603/2009
- 13.2. Parken auf der Osterstraße
AN/0604/2009
- 13.3. Fahrzeuge auf Deichflächen und auf der Drachenwiese in Norddeich
AN/0605/2009
- 13.4. Öffnung des Siedlungsweges
AN/0606/2009
- 13.5. Autobahnwegweiser - Hinweis auf Norden
AN/0607/2009

14. Wünsche und Anregungen
- 14.1. Sondernutzung Osterstraße
AN/0608/2009
- 14.2. Abladen von Gartenabfällen
AN/0609/2009
- 14.3. Pflege von öffentlichen Beeten und Wegen
AN/0610/2009
- 14.4. Behinderung von Sichtdreiecken
AN/0611/2009
- 14.5. Verkehrsgefährdung Alter Dörper Weg
AN/0612/2009
15. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Fuchs begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Fuchs stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt besonders den anwesenden Jugendbürgermeister, Tom Fabert.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Dringlichkeitsanträge liegen zur Aufnahme in die Tagesordnung nicht vor. Vorsitzender Fuchs stellt somit die vorliegende Tagesordnung fest.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine.

zu 5 Bekanntgaben

Dipl.-Ing. Wolkenhauer gibt bekannt, dass die Wirtschaftsbetriebe den Neubau einer Erdgas-tankstelle in Norddeich planen. Die Erdgas-tankstelle an der Heerstraße soll umgebaut werden. Hierfür wird dringend Ersatz benötigt. Es soll kurzfristig in das Bauleitplanverfahren eingestiegen werden.

**zu 6 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 21.04.2009
0794/2009/3.1**

Herr Marek Janßen, Jugendparlament, nimmt ab 17.07 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsherr Zitting kritisiert, dass zum TOP 11 zwar die Feststellung protokolliert wurde, dass die vor-gestellten Unterlagen von den schriftlichen abweichen, eine Begründung jedoch fehlt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 7 Bebauungsplan Nr. 155; Gebiet: Kolkland/Süderneuland II; Aufstellungsbeschluss
0708/2009/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Antrag:

Herr Rudolf Schwitters beantragt mit Schreiben vom 09.12.2008, für die Freifläche „Kolkland“ in Süderneuland II zwischen Heerstraße, Eisenbahn und der Straße „Am Bahndamm“, einen Bebauungsplan aufstellen zu lassen.

Die verkehrliche Erschließung soll über die Kolklandstraße und eine parallel zur Straße „Am Bahndamm“ geführte Stichstraße mit Wendepplatz erfolgen.

Die Bebauung soll sich in die vorhandene angrenzende Siedlungsstruktur einfügen und aus Einzelhäusern bestehen. Weiterhin soll planerisch ausgeschlossen werden, dass in dem Gebiet Ferienhäuser bzw. Ferienwohnungen errichtet werden.

Der Bebauungsplan wird von einem qualifizierten Planungsbüro erstellt.

Verfahren:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes 155 erfolgt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a i. V. m. § 13 Abs. 1 und 2 BauGB (vereinfachtes Verfahren), da die Bebauungsplanänderung zur Innenentwicklung dient und die Grundfläche im Änderungsbereich eine Fläche von 20.000 qm nicht überschreitet.

Der Flächennutzungsplan wird entsprechend den künftigen Festsetzungen im Bebauungsplan berichtigt. Die bisher als Mischgebiet dargestellte Fläche soll zukünftig als Wohnbaufläche dargestellt werden.

Bevor der auslegungsreife Planentwurf in die Beteiligungsverfahren geht, wird er vorab einschließlich Begründung und Gutachten den politischen Gremien vorgelegt und es werden die erforderlichen Beschlüsse (Beteiligungsverfahren) eingeholt.

Dipl.-Ing. Wolkenhauer stellt die Planung vor.

Beigeordneter Sikken erklärt, dass die Allianz überwiegend der Auffassung ist, dass das Gebiet nicht als Baugebiet geeignet ist. Da derzeit noch ein Überhang an Baugrundstücken vorliegt, sollten die Privateigentümer nicht verpflichtet werden, ihre Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Zu einem späteren Zeitpunkt könne er sich aufgrund der stadtnahen Lage ggf. den Bau einer Seniorenwohnanlage vorstellen.

Ratsherr Bent ist der Meinung, dass an dieser Stelle nicht unbedingt Bauland geschaffen werden muss.

Ratsherr Köther spricht sich ausdrücklich gegen die Überplanung des Gebietes aus.

Es ergeht sodann folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Norden beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung), für das im beigefügtem Lageplan gekennzeichnete Gebiet keinen Bebauungsplan aufzustellen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 8 Bebauungsplan Nr. 153 der Stadt Norden "In der Wirde"; Aufstellungsbeschluss;
0771/2009/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Die Bergmann Immobilien Ltd. hat die Aufstellung eines Bebauungsplanes im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 9a der Stadt Norden im Bereich des Grundstückes In der Wirde 27 und der in der Nachbarschaft befindlichen Freifläche (Gem. Norden, Fl. 6, Flst. 69/38) beantragt. Grund der Beantragung ist die Absicht, auf den betreffenden Flächen Wohnbauland zu entwickeln. Im rechtskräftigen Bebauungsplan ist dieser gesamte Bereich als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt, was eine Errichtung von Wohngebäuden nicht zuließe. Der Bebauungsplan wäre daher hier neu aufzustellen. Eine Änderung oder Berichtigung des Flächennutzungsplanes wäre ebenso erforderlich.

Bei der betreffenden Freifläche handelt es sich um die Randlage einer ehemaligen Mülldeponie und somit um eine Altlastenverdachtsfläche. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85A wurde für diese Fläche im Jahr 1992 eine Gefährdungsabschätzung erarbeitet mit dem Ergebnis, dass bei einer Freigabe des Geländes für eine Bebauung der Methangehalt der Bodenluft zu beachten sei. Im Zuge von Bauarbeiten könne es zu einer erhöhten Freisetzung von Methangas kommen (mögliche Freilegung von Hohlräumen). Aus Arbeitsschutzgründen (Bildung explosiver Gemische) sollten daher im Falle von Erdbauarbeiten mit direkt anzeigenden Geräten auf Methan geprüft werden. Diese Hinweise verdeutlichen, dass gegenwärtig nicht erwiesen sein kann, dass von dieser Fläche keinerlei Gefahren für die Gesundheit der eventuell dort Wohnenden ausgeht. Auch auf Grund des Umstandes, dass die Gefährdungsabschätzung mittlerweile 16 Jahre alt ist, wird vorgeschlagen, noch vor Einleitung des Bauleitplanverfahrens eine erneute Gefährdungsabschätzung vorzunehmen. Nur so kann frühzeitig ermittelt werden, ob die Bebauungsplanänderung überhaupt sinnvoll ist. Eventuell ist ein darauffolgendes Monitoring erforderlich.

Bei dem Grundstück In der Wirde Nr. 27 handelt es sich um einen historischen Gebäudestandort. Die Ortsbezeichnung Wirde weist auf eine natürliche unmittelbar an die Marsch grenzende sandige Anhöhe hin, die somit seit Jahrhunderten besiedelbar war. Bekannt ist zumindest, dass dort im Jahr 1665 ein Sommerhaus für Herrn Dr. Kettler gebaut wurde, der auch Eigentümer der jetzigen Mennonitenkirche am Markt war. Ein entsprechendes im Giebel angebrachtes Familienwappen wurde im jetzt dort stehenden Gebäude wieder verbaut und ist bei einem eventuellen Abriss zu erhalten. Der Standort lässt zudem das Vorhandensein von Bodendenkmalen vermuten, was beim Gebäudeabriss zu bedenken ist. Vor einer eventuellen Neubebauung ist der Boden auf Bodendenkmale hin zu untersuchen.

Gem. dem Norder Baulandmanagement wird mit dem Vorhabenträger ein Städtebaulicher Vertrag abgeschlossen, der u.a. regelt, dass der Vorhabenträger die Kosten des Planungsverfahrens zu tragen hat.

Dipl.-Ing. v. Hardenberg stellt die Planung vor.

Ratsherr Bent vertritt die Auffassung, dass vor dem Aufstellungsbeschluss geklärt sein muss, inwieweit der Boden belastet ist.

Bürgermeisterin Schlag entgegnet, dass diese Frage im Rahmen des Verfahrens geklärt werden kann.

Ratsherr Köther ist der Ansicht, dass zuallererst beschlossen werden muss, dass es sich hier um eine Altlastfläche handelt. Falls sich dann herausstellt, dass der Boden nicht so stark belastet ist und doch gebaut werden kann, könnte man an den Investor bei der Änderung des Bebauungsplanes von Altlastfläche in Bauland weitergehende Forderungen stellen.

Bürgermeisterin Schlag bleibt bei ihrer Auffassung, dass die Bewertung der Kontamination Teil des Gesamtverfahrens ist.

Beigeordneter Sikken schließt sich dieser Ansicht an. Der Aufstellungsbeschluss sollte gefasst werden – falls das geforderte Gutachten negativ ausfällt, wäre das Bauleitplanverfahren damit allerdings beendet.

Ratsherr Bent weist darauf hin, dass die betr. Fläche im Altlastenkataster des Landkreises ausgewiesen ist.

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet an den VA. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsmitgliedern bis zur VA-Sitzung eine Ausfertigung des Altlastenkatasters zur Verfügung zu stellen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 9 Ausbauplan "Stichstraße Muschelweg"
0809/2009/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Die Stadt Norden hat mit Herrn Jens Haan aus Norden am 12.11.2008 einen Erschließungsvertrag über die erstmalige endgültige Fertigstellung einer Stichstraße im Muschelweg geschlossen. Der Erschließungsträger beabsichtigt die Erstellung von zwei Häusern mit jeweils sechs Wohneinheiten auf den Flurstücken 20/7 und 20/10 der Flur 1 von Westermarsch II. Die vorhandene Zuwegung des Grundstückes über den Muschelweg ist für eine ordnungsgemäße Erschließung unter Berücksichtigung der Neubauvorhaben nicht ausreichend. Der Erschließungsträger ist deshalb an einer endgültigen Fertigstellung der Erschließungsanlage auf den Flurstücken 20/8 und 20/9 der Flur 1 von Westermarsch II interessiert. Auf die Erstattung städtischer Kostenanteile hat der Erschließungsträger im Rahmen des abgeschlossenen Vertrages verzichtet, so dass der Stadt keine finanziellen Aufwendungen entstehen.

Nachdem im letzten Jahr der Straßenunterbau (Kanalisation war vorhanden) fertiggestellt wurde und die Hochbauarbeiten an den zwei Häusern in Kürze abgeschlossen werden, kann der endgültige Straßenausbau durchgeführt werden. Der Erschließungsträger hat in Abstimmung mit dem Fachdienst 3.3 einen Ausbauplan aufgestellt und zur Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Norden vorgelegt.

Die Planung und der Ausbau der Anlage erfolgt nach den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 1 von Westermarsch II. Geplant ist ein herkömmlicher Straßenausbau mit einseitiger Rinne und einer Querschnittsbreite von 3,30 bis 4,80 m zwischen den Bord-

steinen gem. der Plandarstellung vom 23.04.2009. Für die Fahrbahnbefestigung sind graue Betonrechtecksteine vorgesehen. Die Breite der Fahrbahn im Bereich der senkrechten Privatparkplätze beträgt einschließlich Rinne 4,80 m und verjüngt sich auf 3,30 m zwischen den einzelnen Parkplätzen im weiteren Verlauf der Straße. Die Seitenflächen werden durch vorhandene Gärten begrenzt. Eine Baumbepflanzung ist aufgrund der Versorgungsleitungstrasse und der begrenzten Verhältnisse nicht möglich.

Für die Beleuchtung sind nordöstlich der Fahrbahn Straßenlampen der Type –Rondolux- vorgesehen.

Weitere Details sind den beigefügten Anlagen zu entnehmen.

Dipl.-Ing. Kumstel erläutert den Ausbauplan.

Ratsherr Blaffert bedauert, dass aufgrund der räumlich begrenzten Situation keine Bäume eingeplant werden konnten. Er schlägt jedoch vor, dem Investor eine Abstandssumme abzuverlangen, für die Bäume an anderer Stelle im Stadtgebiet gepflanzt werden könnten.

Dipl.-Ing. Kumstel weist auf den verbindlich abgeschlossenen Erschließungsvertrag und das Fehlen einer rechtlichen Grundlage hin.

Ratsherr Blaffert bleibt bei seiner Auffassung, dass mit dem Investor nachverhandelt werden sollte.

Bürgermeisterin Schlag erklärt, dass dem Investor dieser Wunsch überbracht wird.

Es ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Der Ausbauplan für den „Stichweg Muschelweg“ wird gemäß der Plandarstellung vom 23.04.2009 beschlossen.

Ergänzung:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf den Erschließungsträger dahingehend einzuwirken, dass die im Muschelweg ersparten Aufwendungen für Bäume im übrigen Stadtgebiet eingesetzt werden.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 10 Laub von Straßenbäumen;
Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
0813/2009/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Der angefügte Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2008 wurde dem Rat der Stadt Norden in der Sitzung am 04.12.2008 vorgestellt. Gem. damaligem Beschluss wird der Antrag nunmehr dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung vorgelegt.

Nach der städtischen Straßenreinigungssatzung mit Straßenverzeichnis (Übersicht über die zu reinigenden Straßen) und der Verordnung über Art, Maß und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Norden ist innerhalb der geschlossenen Ortslage für die Laubbeseitigung zuständig:

- **die Stadt** für die Fahrbahnreinigung der im Straßenverzeichnis aufgeführten Straßen,
 - **die Anlieger** für die Reinigung der Gehwege einschl. gemeinsamer Rad- und Gehwege der im Straßenverzeichnis genannten Straßen,
 - **die Anlieger** für die Reinigung der Fahrbahnen einschl. der Parkspuren, Gossen, Rinnen und Trenn- und Sicherheitsstreifen bis zur Straßenmitte bei allen übrigen öffentlichen Straßen.
- Außerhalb der geschlossenen Ortslage bestehen keine Reinigungspflichten nach dem Straßenreinigungsrecht.

Die o.a. Reinigungspflicht einschl. der Laubbeseitigung der Anlieger gilt unabhängig davon, woher das Laub stammt, das auf dem Gehweg oder der Fahrbahn zu beseitigen ist.

Anlieger, die zur Reinigung verpflichtet sind, müssen deshalb auch Laub entsorgen, das von Bäumen stammt, die nicht auf dem eigenen Grundstück stehen, sondern beispielsweise im öffentlichen Straßenraum oder auf dem Grundstück des Nachbarn.

Auf gar keinen Fall darf – auch aus Gründen der Verkehrssicherheit – das Laub aus den Gärten oder Vorgärten auf die Fahrbahn oder den Gehweg verbracht werden. Auch darf das Laub nicht in die Straßenrinne gekehrt werden, da Laubanhäufungen durch die Kehrmaschine während der Straßenreinigung nicht aufgenommen werden können und ggf. zu Verstopfungen und Ausfällen der Kehrtechnik führen. Zudem kann das Laub die Straßeneinläufe zusetzen, sodass Regenwasser nicht oder nur schwerlich abfließen kann.

Als Möglichkeiten zur privaten Laubentsorgung stehen den Anwohnern gegenwärtig zur Verfügung:

- die Kompostierung bzw. die Nutzung als Mulchschicht zwischen Sträuchern und Hecken auf dem eigenen Grundstück,
- die Entsorgung in der Bio-Tonne (evtl. zusätzl. Bioabfallsack, Gebühr 2 Euro) oder
- bei größeren Mengen die Selbstanlieferung (Gebühr bis 100kg 7 Euro, über 100 kg 70 Euro/Tonne) bei der Müllumschlagsstation Hage.

Teilweise kommt die städtische Straßenreinigung den Anwohnern bei der Laubbeseitigung schor entgegen. In einigen Bereichen fegen die Anlieger satzungswidrig und den Verkehr gefährdend das Laub in die Gasse oder auf die Fahrbahn. Die demonstrativ aufgetürmten Haufen auf der Fahrbahn werden zunächst nicht mitgenommen. Nachdem die betr. Bürger auf ihr Fehlverhalten hingewiesen wurden, erfolgt im Rahmen zusätzlicher Anfahrten dann zu einem späteren Zeitpunkt die Aufnahme der Laubhaufen von der Straße, um keine Gefahr für den Straßenverkehr entstehen zu lassen.

Seitdem der Landkreis Aurich, als zuständige Abfallbeseitigungsbehörde, eine Leistungsgebühr je tatsächlich erfolgter Leerung des Bioabfallbehälters (von z. Zt. 4,90 Euro je 120 Liter Behälter) berechnet, hat diese unzulässige Form der Laubentsorgung deutlich zugenommen.

Im Innenstadtbereich (Neuer Weg) wird das Laub von den Anliegern vielfach über die vorhandenen öffentlichen Abfallbehälter entsorgt.

Die Kosten für die Bereitstellung und die Entleerung von beispielsweise 50 Laubkörben im Stadtgebiet Norden würden sich auf insgesamt ca. 37.000 Euro belaufen (Beschaffung Laubkörbe ca. 6.500 Euro, Einsatz Baubetriebshof für Auf- und Abbau und Entleerungen ca. 16.000 Euro sowie Entsorgungskosten ca. 14.500 Euro).

Kalkuliert wurde eine Entleerung einmal wöchentlich über einen Zeitraum von 8 Wochen im Rahmen eines festzulegenden Tourenplanes mit 1 Lkw und 2 Mitarbeitern. Eine Entleerung durch die städtische Kehrmaschine kann nicht erfolgen, da das Fahrzeug nicht über eine Laubverladeeinrichtung bzw. einen „Saugrüssel“ verfügt.

Grundsätzlich handelt es sich bei diesem Angebot der Laubbeseitigung um eine zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt.

Die Möglichkeit einer Umlage der Kosten auf die Straßenreinigungsgebühr ist nach dem gegenwärtigen Sachprüfungsstand allerdings nicht auszuschließen. Zumindest außerhalb Niedersachsens werden in einigen Kommunen die Gebührenpflichtigen in ausgewählten Straßen, in denen eine Laubbeseitigung durch die Gebietskörperschaft erfolgt, mit einer zusätzlichen Gebühr für diese Leistung belastet. Eine Umlegung der Kosten nach dem Solidarprinzip auf alle Gebühren-

pflichtigen wird dort sehr kritisch gesehen, weil eine Gebühr nur dort erhoben werden kann, wo auch die Leistung durchgeführt wird.

Erforderlich wäre in jedem Fall eine Änderung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsgebührensatzung.

In anderen Kommunen im Umkreis wie in der Stadt Leer (ca. 360 Laubkörbe) oder in der Stadt Oldenburg (ca. 1000 Laubkörbe) wird die Straßenlaubabfuhr und -entsorgung im Rahmen der Abfallbeseitigung durch die Abfallwirtschaftsbetriebe durchgeführt.

Diese Handhabung kommt für die Stadt Norden nicht in Betracht, da für die Abfallentsorgung der Landkreis Aurich zuständig ist.

In der Stadt Emden werden in jedem Herbst ebenfalls ca. 150 Straßenlaubkörbe, als Service für den Emdener Bürger, durch den Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden (BEE) aufgestellt und entleert

Neben den positiven Aspekten für die Anlieger (jedenfalls soweit die Entsorgung für diese kostenfrei erfolgt) zeigten sich folgende Probleme mit Laubkörben an öffentlichen Straßen:

- In den Körben wird nicht nur Straßenlaub, sondern das Laub aus den Privatgärten und Gräben sowie Gartenabfälle wie Rasen-, Strauch- und Heckenschnitt, Äste oder Erdreich entsorgt bzw. werden Müllsäcke mit Laub und/oder Gartenabraum neben den Laubgittern abgestellt,
- Anderer häuslicher Abfall landet in den Laubkörben bzw. wird daneben abgelegt,
- Die Körbe werden durch Vandalismus beschädigt oder zerstört oder gleich ganz entwendet
- Die Behälter werden von den dafür vorgesehenen Plätzen entfernt und an anderer Stelle aufgestellt,
- Anwohner betrachten den unmittelbar vor ihrem Haus aufgestellten Laubkorb nahezu als ihr Eigentum und wollen andere Nutzer an der Straßenlaubentsorgung hindern, obwohl jeder aufgestellte Korb zur Entsorgung von Straßenlaub jedem zur Verfügung stehen soll,
- Es werden zusätzliche Sammelbehälter gefordert. Die Einschränkung der Standorte erweist sich als schwierig. Die Frage nach der Zumutbarkeitsgrenze bis zu welcher den Anliegern zuzumuten ist, das Straßenlaub selbst zu entsorgen, wird immer zu Diskussionen führen.
- Teilweise ist die Standortfrage problematisch, z.B. in engen Straßen oder dort wo nur ein begrenzter Raum zwischen Fahrbahn und Gehweg verfügbar ist. Die Körbe dürfen die Verkehrsteilnehmer, insbesondere Fußgänger, nicht beeinträchtigen.

Nach Abwägung aller Umstände und Interessen sowie Betrachtung der entstehenden Kosten empfiehlt die Verwaltung es bei der gegenwärtigen Regelung zu belassen, dass die Anlieger in Übereinstimmung mit der städtischen Straßenreinigungssatzung für die Laubentsorgung ausschließlich selbst verantwortlich sind.

Generell muss jeder Grundstückseigentümer die naturgemäßen Erscheinungen, wie eben den Laubfall im Herbst, hinnehmen. Schließlich können die Eigentümer doch auch positive Auswirkungen der Bäume und der grünen Umgebung verzeichnen. Die Straßenbäume übernehmen wichtige ökologische Funktionen, sie produzieren lebenswichtigen Sauerstoff, reinigen die Luft von Schadstoffen, spenden Schatten, dämpfen den Lärm, sind ein wichtiger Lebensraum für Vögel und Insekten und bereichern und beleben somit das Stadtbild und die direkte Umgebung. Zudem muss bedacht werden, dass sich die Erfüllung der Laubbeseitigungspflicht auf einen sehr kurzen Zeitraum bezieht. Auch muss nicht jedes vom Baum gefallene Blatt aufgenommen werden

In einer Stadt wie Norden mit eher ländlichen Strukturen, d.h. mit vielen Wohngrundstücken mit Einzelhausbebauung und eigentlich sehr wenigen Gebieten mit verdichteter Bebauung dürfte es zumeist möglich sein die von den Straßenbäumen anfallenden Laubmengen auf den Grundstücken zu kompostieren. Im Garten gehört Laub zu den wichtigsten Kompostmaterialien. Auf den Boden zwischen Sträuchern und Hecken aufgebracht, schützt die Schicht die Pflanzen vor Frosteinwirkung, bietet Lebewesen Nahrung sowie ein ideales Versteck zum Überwintern und verhindert das Auswaschen des Bodens bei Starkregen oder das Austrocknen durch Wind und Sonne. Insbesondere bei unbedeckter Erde sollte das Laub daher bis zum Frühjahr liegen bleiben.

Dipl.-Ing. Kumstel erläutert den Sachverhalt.

Ratsherr Bent spricht sich dafür aus, den Anwohnern in stark belasteten Straßen (wie z. B. Baumstraße) Säcke zukommen zu lassen, die dann gesammelt abgefahren werden.

Ratsherr Köther erklärt, dass mit dem Antrag keine perfekte Lösung erreicht, sondern zum Nachdenken angeregt werden sollte. Durch eine Entlastung der Bürger könne die Aversion gegen Bäume ggf. etwas gemildert werden. Er lobt die Verwaltung ausdrücklich für die umfangreiche Vorbereitung.

Beigeordneter Sikken gibt zu bedenken, dass der Bürger das Laub der Straßenbäume als Laub der Stadt ansieht. Eine Hilfestellung allein aus Kostengründen abzulehnen, wäre seines Erachtens zu einfach. Er vertritt die Auffassung, dass weiter nach tragbaren Lösungen gesucht werden sollte.

Dieser Auffassung schließt sich Vorsitzender Fuchs an.

Bürgermeisterin Schlag schlägt vor, die Kosten für eine Unterstützung der Bürger in besonders belasteten Straßen zu ermitteln.

An die Vertreter des Jugendparlaments gewandt, erklärt Bürgermeisterin Schlag, dass die Stadt versucht, eine Lösung für das öffentliche Grün zu finden. Da die Bürger jedoch auch Probleme mit dem Laub vom eigenen Grundstück haben, wäre eine Aktion des Jugendparlaments im Sinne von „Wir helfen – wir kümmern uns“ eine schöne Geste.

Es ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zielführende Vorschläge bzgl. der Laubentsorgung zu erarbeiten und dem Bau- und Umweltausschuss zur Beratung vorzulegen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 11 **Ausbauplan für die Straßen "Dortmunder Straße, Bradforder Straße und einer Teilstrecke der Hamburger Straße" im Bebauungsplangebiet Nr. 15 0814/2009/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Im Bebauungsplangebiet Nr.15 („Martensdorf“) sind inzwischen von 55 Baugrundstücken 43 Stück verkauft. Von diesen 43 Grundstücken sind insgesamt 41 Stück fertig bebaut, bzw. werden zur Zeit bebaut. Dies bedeutet, dass z. Zt. eine 74-prozentige Bebauung besteht. Gemäß § 3 des Erschließungsvertrages soll der Endausbau innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung von 75 % der Bauvorhaben erfolgen (spätestens jedoch bis zum 31.12.2012). Ein 75-prozentiger Ausbaustand wird in Kürze erwartet, so dass die Vorhabenträgerin in Abstimmung mit dem Fachdienst 3.3 vorab einen Ausbauplan über den endgültigen Ausbau aller Straßen in diesem Bebauungsplangebiet aufgestellt hat und zur Beschlussfassung vorlegt.

Es ist geplant, die Fahrbahn und die Parkplätze mit verschiedenfarbigem Betonsteinpflaster herzustellen. Der Endausbau der neuen Straßen mit Namen „Bradforder Straße“ und „Dortmunder Straße“ soll verkehrsberuhigt als „Spielstraße“ mit entsprechenden Einengungen und Aufpflasterungen von Rondellen in Kreuzungsbereichen erfolgen.

Der Einfahrtsbereich der neuen „Dortmunder Straße“ von „Im Spiet“ her wird auf einer Länge von ca. 50 m 5,50 m breit zwischen den Rundborden ausgebaut. Im weiteren Verlauf betragen die Straßenbreiten einschl. einseitiger 30 cm breiter Entwässerungsrinne 4,80 m zwischen den Bordsteinen. In der Mitte des Bebauungsplangebietes werden die Dortmunder und die Bradforder Straße durch einen 2 m breiten, mit roten Betonsteinen gepflasterten Fußweg verbunden. Die Fahrbahnen werden grundsätzlich in Betonsteinpflaster grau ausgebaut mit mehrfachen roten Pflasterstreifen im Bereich von Parkbuchten zur Auflockerung des Pflasterbildes. Die einseitig angeordneten 3-reihigen Rinnen werden aus geflammtten Pflastersteinen hergestellt. Die Stellplätze im Baugebiet werden mit anthrazitfarbenem Pflaster ausgepflastert und mit Betonhochbordsteinen eingefasst. Als geschwindigkeitsmindernde Maßnahmen sollen gleich hinter den Einfahrten von der Hamburger Straße und von Im Spiet her Einengungen der Fahrbahn auf 3,50 m mit leichten Überhöhungen eingebaut werden. In den Kreuzungsbereichen und im Anschlussbereich an die Koppelstraße sollen erhöht gepflasterte Rondelle aus verschiedenfarbigem Pflaster angelegt werden.

Für das Baugebiet sind in Abhängigkeit vom Standort verschiedene Baumarten vorgesehen. Neben rotblühenden Kastanien, die den Einfahrtsbereich Im Spiet/Dortmunder Str. markieren, sollen in den Wohnstraßen verschiedene Baumarten wie z.B. Hainbuchen, Kirsch-Arten, Ahorn- und Weißdorn-Arten gepflanzt werden. Die ausgewählten Baumarten sind aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften wie Standortansprüche oder Wuchsverhalten bestens für die Bepflanzung in Wohnsiedlungen geeignet. Die kleinkronigen bis mittelgroßen Bäume besitzen außerdem durch Blüte, Frucht und Laub einen besonderen Zierwert.

Für die Beleuchtung entlang der Fahrbahnen und des Fußweges sind Leuchten des Typs AEG „Rondolux“ vorgesehen. Die entsprechenden Standorte sind im Plan gekennzeichnet. Maße und weitere Einzelheiten sind im Ausbauplan und in den Ausbaquerschnitten dargestellt.

Herr Sund, Büro Niemann & Partner, stellt den Ausbauplan vor.

Nach kurzer Diskussion und einigen Einwüfen aus den Reihen der zuhörenden Anlieger, erklärt Bürgermeisterin Schlag, dass der Ausbauplan den Wünschen der Anwohner entsprechen soll und somit mit ihnen diskutiert werden soll.

Es ergeht folgender Beschluss:

**Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.
Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Ausbauplan bis zur Ratssitzung am 23.06.2009 den Grundstückseigentümern im Rahmen einer Anliegerversammlung vorgestellt wird.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 12 Dringlichkeitsanträge

Keine.

Bürgermeisterin Schlag verlässt die Sitzung um 18.15 Uhr.

zu 13 Anfragen

**zu 13.1 Verkehrslenkung Siedlungsweg
AN/0603/2009**

Beigeordnete Kleen möchte wissen, aus welchem Grund die Stadt Norden das Angebot des Landkreises, den Verkehr auf dem Siedlungsweg während der Bauphase "Anschluss Wurzeldeicher Straße/Bahnhofstraße" zu lenken und zu überwachen, abgelehnt hat.

**zu 13.2 Parken auf der Osterstraße
AN/0604/2009**

Ratsherr Köther kritisiert, dass in der Osterstraße dauerhaft Fahrzeuge geparkt werden. Soweit er in Erfahrung bringen konnte, handelt es sich um Fahrzeuge der Arbeiter von der Baustelle Müller. Er fordert die Verwaltung auf, dies zu unterbinden.

**zu 13.3 Fahrzeuge auf Deichflächen und auf der Drachenwiese in Norddeich
AN/0605/2009**

Ratsherr Köther bittet die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass auf den Deichflächen in Norddeich (Nähe Rettungsschuppen) keine Fahrzeuge mehr abgestellt werden. Auch auf der Drachenwiese sollte das Abstellen von Fahrzeugen (z. B. im Rahmen des Drachenfestes) nicht erlaubt werden.

**zu 13.4 Öffnung des Siedlungsweges
AN/0606/2009**

Beigeordnete Kleen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Siedlungsweg am kommenden Wochenende zur Veranstaltung „Mission Olympic“ geöffnet werden kann, um den Besuchern einen erheblichen Umweg zu ersparen.

Gleichzeitig sollte über eine Öffnung des Siedlungsweges mit Ferienbeginn geprüft werden.

zu 13.5 Autobahnwegweiser - Hinweis auf Norden
AN/0607/2009

Ratsherr Blaffert verweist auf Gespräche aus den Jahren 2005/2006, in denen Einigkeit darüber erzielt wurde, dass auf den Autobahnwegweisern auch auf Norden hingewiesen werden soll. Er möchte wissen, aus welchem Grunde bisher keine Umsetzung erfolgte.

zu 14 Wünsche und Anregungen

Beigeordneter Sikken verlässt die Sitzung um 18.25 Uhr.

zu 14.1 Sondernutzung Osterstraße
AN/0608/2009

Ratsherr Blaffert bittet die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass die Sondernutzung in der Osterstraße nicht überhand nimmt. Rollstuhlfahrern und Personen mit Kinderwagen bereiten die sehr engen Gassen erhebliche Schwierigkeiten.

zu 14.2 Abladen von Gartenabfällen
AN/0609/2009

Ratsherr Blaffert teilt mit, dass in der Grünanlage Hoog Ses vermehrt Gartenabfälle entsorgt werden. Er bittet um Abhilfe.

zu 14.3 Pflege von öffentlichen Beeten und Wegen
AN/0610/2009

Beigeordnete Kleen regt an, die öffentlichen Beete in den Ortsteilen intensiver zu pflegen. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass der Fuß- und Radweg entlang des Addinggaster Tiefs stark verunkrautet ist.

zu 14.4 Behinderung von Sichtdreiecken
AN/0611/2009

Vorsitzender Fuchs macht darauf aufmerksam, dass folgende Sichtdreiecke durch Äste o. ä. behindert werden:

- a) Sielstraße Ecke Uffen-/Heringstraße,
- b) Dörper Weg, in Höhe der Fußgängerampel.

**zu 14.5 Verkehrsgefährdung Alter Dörper Weg
AN/0612/2009**

Herr Janßen, Ju-Pa, weist darauf hin, dass der Alte Dörper Weg fast ausschließlich mit überhöhter Geschwindigkeit befahren wird. Er regt an, dort eine Blitzeinrichtung aufzustellen.

zu 15 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Fuchs schließt die Sitzung um 18.30 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Die Protokollführerin

gez.

gez.

gez.

- Fuchs -

- Schlag -

- Swyter -